

# Die Gefahr der Entmündigung des einzelnen

Der rheinland-pfälzische Kultusminister, Frau Laurien, hat im Schlußvortrag der vom Mainzer Justizminister Otto Theisen geleiteten Bitburger Gespräche am Wochenende auf den Verlust von Freiheit durch planerisch-technokratische Entscheidungen von Politik und Verwaltung hingewiesen. Dabei nannte sie zum Beispiel die sogenannten Gebietsreformen, und sie stellte die Frage, ob bei der Zusammenlegung von kommunalen Verwaltungseinheiten zu größeren Gebilden nicht zu sehr Gesichtspunkte der administrativen Technik, ja sogar gelegentlich „Gigantomanie“ im Spiel gewesen sei. In den vergrößerten Verwaltungseinheiten trete ein Verlust an Überschaubarkeit ein, so daß die Ausübung demokratischer Kontrolle erschwert werde. Eine „Entmündigung“ der Bürger sei die Folge, und das Aufkommen von Bürgerinitiativen in derartigen Situationen sei dann nicht als Ausdruck bloßer partikularer Interessen abzutun, es sei vielmehr ein „Aufbegehren gegen solche Entmündigung“. „Werden die Kinder von ‚Lahn‘ in 100 Jahren noch wissen, was Wetzlar für Goethe bedeutete?“ Mit diesen Worten bezog sich Frau Laurien auf die zum 1. Januar wirksam gewordene Verbindung der Städte Wetzlar und Gießen zu einem Gebilde namens „Lahn“.

Die sinkenden Geburtenzahlen – 46 Prozent weniger Kinder in den letzten vier Jahren – gäben Anlaß, die Schulpolitik zu überdenken. Zum Beispiel werde gegeneinanderstehen, ob man die Vielfalt des Bildungsangebots in einer Schule erhalten und dabei immer größere Zentralisierung der Schulen mit der Folge immer weiterer Schulwege in Kauf nehmen wolle. Es gehe nicht um alles oder nichts, nicht um die Rückkehr zur Zwergschule, sondern um das Finden des rechten Maßes.

Frau Laurien forderte energische Anstrengungen, tatsächliche Entscheidungsmöglichkeiten für Frauen zwischen Beruf und Haushalt zu verwirklichen. Die Frau, die – „in Wahrnehmung des Rechts auf Unterschiedlichkeit“ – sich der Erziehung ihrer Kinder gewidmet habe, sei heute „gnadenlos aus dem Berufsleben abgedrängt; unterwertig kann sie noch beschäftigt werden“. Frau Laurien erinnerte daran, daß ohne jedes Aufhebens in der Öffentlichkeit vor kurzem die Förderung einer Nachausbildung von Hausfrauen, die ins Berufsleben zurückkehren wollen, aus dem Arbeitsförderungsgesetz gestrichen worden sei. Es sei nicht zu verwundern, wenn heute „nicht wenig Frauen ihre Freiheit unter dem Schlachtruf Emanzipation auf Kosten des Kindes, des geborenen wie des ungeborenen“, verwirklichten. Die Forderung nach der Partnerrente (erhoben auf dem Mannheimer CDU-Parteitag 1975) dürfe nicht als Sozialromantik abgetan werden. Außerdem gehe es um familienfreundliche Wohnungsbau politik, um die Anerkennung der Zeit, in der sich Frauen der Kindererziehung widmen, für die Rentenversicherung, um ein größeres Angebot an Teilzeitarbeit. Frau Laurien wandte sich gegen Vorstellungen, den Staat als mit der Gesellschaft verschmolzen anzusehen; selbst keine Wertentscheidungen vorgehend, aber auf den zentralen Wert der Achtung der Personenwürde unabhängig von den regierenden Mehrheiten festgelegt, müsse der Staat zugleich wertoffen und wertbestimmt sein. Bei den 7. Bitburger Gesprächen, die von der Gesellschaft für Rechtspolitik seit 1972 veranstaltet werden und deren bisherige Ergebnisse in zwei Bänden gedruckt vorliegen, ging es um die Organisationsform der Rundfunkanstalten, wobei sich der Blick

auch auf die sogenannten neuen Medien richtete. Der Vorsitzende der Gesellschaft für Rechtspolitik, der rheinland-pfälzische Justizminister Theisen, wies einleitend auf Fehlentwicklungen bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten hin; so manche der dort Beschäftigten gebärdeten sich als deren Herren, obwohl sie „nur bestimmte der Information des Bürgers dienende Aufgaben zu erfüllen haben“. In einem einleitenden Referat stellte der Bundesverfassungsrichter Geiger das Monopol der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten in Frage. Die anwesenden Rundfunkintendanten von Sell (Westdeutscher Rundfunk) und Becker (Deutschlandfunk) – beide SPD – verteidigten das öffentlich-rechtliche Monopol ebenso entschieden wie die Medienexperten der Bonner Koalitionsparteien Glotz (SPD) und Baum (FDP). Lediglich der CDU-Medienexperte und Bundestagsabgeordnete Klein (Göttingen) sprach sich, angesichts der neuen technischen Möglichkeiten, für eine Öffnung des Rundfunks im Sinne von Konkurrenz aus.

An den 7. Bitburger Gesprächen, die traditionsgemäß in einem Hotel am Stausee Bitburg stattfinden, haben sechs Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts, voran Präsident Benda und Vizepräsident Zeidler, teilgenommen, weiterhin Generalbundesanwalt Buback, mehrere Landesjustizminister und zahlreiche Professoren zumal des öffentlichen Rechts, unter anderen die Professoren Knies (Saarbrücken), Ossenhühl (Bonn), Rupp (Mainz) und Stern (Köln); sie zählen zu den führenden Vertretern ihres Fachs in der mittleren Generation. Anwesend waren auch – von Minister Theisen als Angehörige einer „Kernmannschaft“ der Bitburger Gespräche begrüßt – der frühere Bundestagspräsident Gerstenmaier und der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Gebhard Müller. Theisen kündigte an, daß die Gesellschaft für Rechtspolitik über ein von ihr getragenes Institut einen Forschungsauftrag vergeben werde, der sich mit der Neuordnung des Insolvenzrechts befassen werde. Die nächsten Bitburger Gespräche werden im November stattfinden zum Thema „Kunst und Recht“. Danach wird die Frage „Schule im Rechtsstaat“ auf die Tagesordnung kommen; mit diesem Problem hat sich im vorigen September der Deutsche Juristentag befaßt. Gegenüber der dort gegebenen Empfehlung, nicht nur die Organisation, sondern auch die Lehrinhalte der Schule möglichst weitgehend gesetzlich zu regeln (eine Tendenz, die sich auch in der Rechtsprechung zeigt), äußerte sich Kultusminister Laurien warnend. Auch Entscheidungen des Gesetzgebers könnten ideologisch fixiert sein, und sie wären dann wesentlich verbindlicher als Rahmenrichtlinien und schwerer revidierbar.

FRIEDRICH KARL FROMME, Frankfurter Allgemeine Zeitung – 17. Januar 1977